

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Arnold
für die Inserate verantwortlich:
Walter Kraus
Beide in Nr. 1: Erzgeb.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Druck und Verlag:
Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft
m. b. H.
in Aue i. Erzgeb.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 55.
Für unverlangt eingesandte Manuscripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 50 Pfg. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.32 Mk., monatlich 44 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungsvertrag. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Inserationspreis: Die siebengezeigte Korpuszeile oder deren Raum für Inserate aus Aue und den Ortschaften der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg 10 Pfg., sonst 15 Pfg. Reklamepreis 25 Pfg. Bei größeren Abzügen entsprechende Abat. Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Annahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

Der sozialdemokratische Parteitag in Jena hat am Sonnabend sein Ende erreicht. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Chemnitz bestimmt.

Am 18. September in der Gegend von Dobrua-Schlöbitten zum Militärbesoldungstagen am russischen Hofe ernannt worden.

In Wien kam es am Sonntag zu schweren Straßendemonstrationen. Mehrere Personen wurden getötet. (S. Nr. 1. d. Bl. u. Tel.)

Wuch Canalejas erklärt jetzt die Nachrichten über das Vorhandensein eines spanisch-deutschen Geheimvertrages für völlig unrichtig.

Im Befinden Stolypins ist eine Verschlimmerung eingetreten.

Sturmstille Witterung am Dienstag: Sturmbau, veränderlich, fällt kein erheblicher Niederschlag.

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Im Jahre 1871 entsprach die Einteilung der Reichstagswahlkreise den Anforderungen eines gleichen Wahlrechts. Heute ist dieser Grundgedanke in sein Gegenteil verkehrt: denn die Bevölkerung des Reiches ist, wie schon das Wahlgesetz vorah, nicht nur gewachsen, sondern hat sich vor allem innerhalb der Reichsgrenzen gewaltig vergrößert. Großstädte und dichtbesiedelte Industriegebiete sind herangewachsen, deren Wachstum den Reichsdurchschnitt gemaltig übertrifft, während auf dem platten Lande die Bevölkerungszunahme ein ganz normales Bild bietet, ja oft genug hinter dem Reichsdurchschnitt zurückbleibt. Die Wahlkreiseinteilung ist aber dieselbe geblieben seit 40 Jahren. In dieser Tatsache liegt eine große politische Benachteiligung der Wähler in den deutschen Städten: Ihnen ist durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des deutschen Volkes seit der Reichsgründung ihr Wahlrecht verkleinert worden gegenüber den Bewohnern der Landgemeinden, deren Stim-

men an Bedeutung mehr und mehr gewonnen haben. Dieses ungesunde Verhältnis hat Reichsrat Dr. Merkt (München) auf dem Deutschen Städtetag in Wosen ausführlich beleuchtet. Sein Verdienst beruht besonders in der exakten Zusammenstellung aller zahlenmäßigen Belege, die dieses Wahlrecht klarlegen können. Dr. Merkt führte etwa folgendes aus:

Die Wahlkreiseinteilung ist ihrem Wesen nach die Verteilung der gesetzgebenden Macht. Und wenn man von der Forderung ausgeht, daß der Anteil an der Macht der Gesetzgebung, also am Wahlrechte, dem Anteil an Volksgenossen entsprechen soll, dann ergibt schon eine einfache Statistik die schwere Benachteiligung der städtischen Wahlkreise. Hatte 1871, wie auch das Wahlgesetz forderte, durchschnittlich jeder Wahlkreis 100 000 Einwohner, so gibt jetzt der Reichsdurchschnitt über 150 000 Einwohner für jeden Wahlkreis. Wollte man ja 100 000 Deutschen heute einen Abgeordneten geben, so wären nicht wie jetzt 397, sondern 606 Abgeordnete zu wählen. Nun wäre ja an dem jetzigen Zustande nichts auszusetzen, wenn im allgemeinen das Wachstum von 100 000 auf 150 000 Einwohner bei allen Wahlkreisen zur träge. Aber das ist eben bei weitem nicht der Fall. Die durchschnittliche Wählerzahl beträgt heute 83 684 Mann: Wollte 278 Wahlkreise bleiben hinter diesem Durchschnitt zurück, 119 Kreise übertreffen ihn, und zwar zum Teil recht erheblich. Der größte Wahlkreis, Teltow, der vier Großstädte umfaßt, zählt 250 000 Einwohner und fast 250 000 Wähler. Er hat an Bevölkerung seit der Reichsgründung um 642 Proz. zugenommen, wählt aber stets noch einen einzigen Abgeordneten zum Reichstag, während ihm nach dem Wahlgesetz zehn zukämen. Ihm steht der kleinste Wahlkreis gegenüber, Schaumburg-Lippe, der 45 000 Einwohner und um 10 000 Wahlberechtigte hat. Der größte Wahlkreis des Deutschen Reiches hat 21 mal mehr Einwohner, 25 mal mehr Wähler wie der kleinste, beide haben aber einen Abgeordneten. Ein Schaumburg-Lippischer Landmann hat also 21 Stimmen, der von Charlottenburg muß sich mit einer begnügen.

Betrachtet man diese Gegensätze für das ganze Reich, so ergibt sich, daß der deutsche Bauer im allgemeinen das dreifache Wahlrecht hat gegenüber einem Einwohner von Berlin, Hamburg oder München. Unser Wahlrecht ist also ein Pluralismus der Wahlrechte. Nur das nicht Bildung, Alter oder Besitz erhöhte Stimmenzahl gewähren, sondern — der Zahl der Wohnstätten. Steht man die zehn größten und die zehn kleinsten Wahlkreise gegenüber, so zeigt sich: die zehn größten haben sechs Millionen Einwohner, die zehn kleinsten rund 600 000, also gerade den zehnten Teil, während nach dem Wahlgesetz der Gruppe der größten Kreise 30, der der kleinsten nur 4 Mandate zuzukommen. Würde man den großstädtischen Wahlkreisen eine ihrer

Bevölkerungszahl entsprechende Vertretung im Reichstage zubilligen, so würden u. a. folgende eine Vermehrung ihres Mandats erfahren:

Stadt	Stimmen 1871	Stimmen 1911
Berlin	4	21
Hamburg	4	21
München	4	21
Teltow	1	10
Essen	1	10
Duisburg	1	10
Dortmund	1	10
Böckum	1	10

Das darf nicht wundern, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Großstädte, die 1871 acht betrug, bei der letzten Reichstagswahl auf 41 und heute bereits auf 48 gestiegen ist. Im Jahre 1907 gab es 153 städtische und 244 überwiegend ländliche Wahlkreise. Die Stadt hat aber das Land bereits überholt. 57,4 Proz. der Wählerschaft des Reiches waren bereits städtisch und nur ein Rest von 42,5 und 42,8 Proz. lebte noch auf dem Lande. Die Mehrheit der Bevölkerung des Deutschen Reiches ist also heute bereits städtisch. Von den 209 Abgeordneten (606 bis 397), die nach dem Wahlgesetz mehr zu wählen wären, entfallen auf die Städte 198, auf das Land nur 18. Man wird berechtigt sein, angesichts solcher Zahlen von einer Wahlrechtsminderung der Städtebewohner zu sprechen.

Wir sehen, unser Wahlrecht beruht auf dem Grundgedanken, daß der Wille aller Volksgenossen ohne Unterschied der Stände, Klassen und Berufsgruppen im Deutschen Reichstage gleichermäßen zur Geltung komme und in der Gesetzgebung seinen Ausdruck finde. Die Beschaffenheit der Volkvertretung sollen das möglichst getreue Spiegelbild der allgemeinen Auffassung sein. Wir sehen, wie sehr hier Wille und Erfolg des Gesetzgebers voneinander abwichen. Die heutige Wahlkreiseinteilung berücksichtigt die vierzigjährige Entwicklung Deutschlands nicht. Sie widerspricht unseren tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen; durch die fortschreitende Zentralisierung unseres Volkes, die sich seit der Reichsgründung vollzogen hat, ist das Gewicht der einzelnen Wählerstimme, das ursprünglich im ganzen Reich ungefähr gleich war, erheblich zu Gunsten des platten Landes und zu Ungunsten der Städte verschoben worden.

Diese einseitige Befolgung des Reichstages muß aber auch auf die Tendenz der Gesetzgebung zurückzuführen und deshalb kann man sagen: die Städte, die Träger der Entwicklung in deutschen Landen, werden durch die ungerechte Wahlkreiseinteilung realpolitisch mehr und mehr zurückgedrängt, zur politischen Ohnmacht verurteilt und damit werden sie und ihre Einwohner und die wirtschaftliche Richtung, die sie vertreten, das ist Industrie und Handel, schwer benachteiligt. Eine Verände-

Naturwissenschaftliche Rundschau.

(Ein Dige-Zollig. — Über und unter der Erde. — Untergrundbahn-Vorstellungen. — Vom kalten Keller. — Der radioaktive Mensch. — Eine merkwürdige Eigenschaft alter Leute. — Ergebnisse der Genforschung. — Leben im Toten Meer. — Mil und Fischbier. — Ein Krakenfisch als Junge vergangener Zeiten. — Ueberlebenslief von Meeren.)

In den heißen Tagen des Sommers, die ja nun glücklicherweise hinter uns liegen, dachte manch einer unwillkürlich wohl oft — wenn auch nur ein bißchen Kühlung über der Erde, ach! so gang und gar nicht zu finden war — daß es drunten, unter der Erde, entschieden kühler sein müsse. Und der eine oder andere behauerte vielleicht, daß die Umstände es ihm nicht gestatteten, seinen Veruf im Keller auszuüben, oder er beneidete gradeaus den Bergmann im unterirdischen Schacht. ... Indes, wer immer solchen tiefen Gedanken nachging (was bei den vergangenen hohen Digegraden ja verzeihlich ist), der hat sich, wie aus neueren Untersuchungen hervorgeht, gründlich getäuscht, denn unter der Erde ist es, wenn nicht besonders Umstände vorliegen, sehr oft noch heißer, als auf ihr! Das Eins wußte man ja längst: daß die Temperatur mit zunehmender Tiefe in regelmäßiger Anwachsend steigt, so daß von einer gewissen Tiefe an der unterirdischen Tätigkeit des Menschen überhaupt Grenzen gezogen sind. Nun aber haben in jüngster Zeit vorgenommene Messungen ergeben, daß auch tief unter der Erdoberfläche, also in der Höhe unserer Kellerwohnungen usw., die Wärme konstant, die wir dort vermuten, durchaus nicht immer herrscht. Ja sogar, man kann nach den ausführlichen Untersuchungen, die Dr. Kraus vorgenommen hat, ruhig behaupten, daß die Wärme des Bodens während des Sommers in der Regel größer ist als die der Luft — eine Tatsache, die dem Umstande zuzuschreiben ist, daß der Boden eine größere Aufnahmefähigkeit für die durch die Sonne ausgestrahlte Wärme zeigt, indem er die Sonnenwärme direkt aufnimmt, während die Luft erst durch die vom Boden wieder zurückgestrahlte Wärme erwärmt wird. Die Temperaturunterschiede zwischen Luft und Boden sind sogar sehr bedeutend:

Durchschnittlich acht Grad Celsius in der Sonne und bis fünf Grad Celsius im Schatten, wobei es aber einzelne Bodenschichten gibt, in denen die Hitze sich gar um 19 Grad Celsius höher beläuft als in der Luft. Vor allem ist es die etwa drei Zentimeter unter der Erdoberfläche liegende Bodenschicht, die als die heißeste betrachtet werden kann. — Während der Nacht findet allemal ein Ausgleich statt, so daß am frühen Morgen Luft und Boden fast stets die gleiche Temperatur aufweisen; dann aber wächst die Lufttemperatur langsamer, die Bodentemperatur hingegen viel schneller, und in den Nachmittagsstunden erreichen die eben erwähnten Differenzen ihren höchsten Grad.

Nun ist es aber nicht zu leugnen, daß es unter der Erde manchmal wirklich kühler ist, als darüber, eine Tatsache, die mit den vorerwähnten Beobachtungen in Widerspruch zu stehen scheint. Dieser Widerspruch existiert jedoch in Wirklichkeit nicht, denn in der Regel ist der Boden wärmer als die Luft, und wo er tatsächlich einmal kühler ist, da ist diese Kühlung eben nicht dem Boden selbst, sondern einem in ihm enthaltenen Wasser zuzuschreiben. Nur da, wo sich wasserhaltiger Boden befindet, wird man unter der Erde während des Sommers eine kühleren Bodentemperatur antreffen, weil das Wasser dann auf die Erdschichten, in denen es sich befindet, sowie auf die ihnen benachbarten kühlend wirkt. Ein typisches Beispiel für diesen Einfluß des Wassers auf die Bodentemperatur bieten die Untergrundbahnen verschiedener Städte. In den Untergrundbahnen von New York und London ist es im Sommer, selbst an heißen Tagen, kaum auszuhalten, weil sie durch feines, kein Wasser führenden Boden hindurchgeführt sind, und es herrscht da stets eine tropische Hitze. In der Berliner Untergrundbahn hingegen ist die Temperatur, wie lange, fortgesetzte Messungen ergeben haben, selbst in den heißesten Tagen, immer etwas kühler als draußen, weil die Wände des unterirdischen Tunnels vollständig in einen Boden versenkt sind, der große Massen von Grundwasser enthält. Dieses Wasser wirkt dann kühlend auf die Wände und auf die in ihnen befindliche Luft. Auf Grund der vorstehenden, sehr sorgfältig durchgeführten und durch zahlreiche Messungen bestätigten Untersuchungen kann man also behaupten, daß der so viel

gelobte kühle Keller sich niemals in festem Boden, sondern stets in wasserhaltigem befinden kann.

Dingegen kommt dem Keller eine andere Eigenschaft zu, die schon früher von den bekannten Physikern C. E. R. und G. E. R. in Wolfenbüttel festgestellt worden ist: Die Luft der meisten Keller ist nämlich radioaktiv — enthält Radiumstrahlen. Diese Eigenschaft der Radioaktivität ist inzwischen noch an zahlreichen anderen Orten und Gegenständen nachgewiesen worden, und in neuester Zeit sogar am — Menschen! Aber diese interessante und bisher noch vollkommen unbekannte Eigenschaft des menschlichen Körpers berichtet kürzlich Dr. C. G. in Heidelberg vor der dortigen Akademie der Wissenschaften. Zum Nachweis der Radioaktivität stehen uns verschiedene Methoden zur Verfügung, von denen die gebräuchlichsten darauf beruhen, daß man prüft, ob der zu untersuchende Körper auf die photographische Platte einwirkt, und ob er bestimmte elektrische Eigenschaften aufweist. Die Einwirkung auf die photographische Platte ist natürlich nicht so zu verstehen, daß überhaupt ein photographisches Bild erzeugt wird, sondern so, daß Strahlen ausgeföhnt werden, die die photographische Platte auch dann beeinflussen, wenn sie sich unter festem Verschluss befindet. Legt man also zum Beispiel auf eine in Papier eingeschlossene photographische Platte ein Stück radioaktiven Gases, so wird diese Platte, wenn man sie später entwickelt, an der Stelle, wo das Gas lag, deutlich einen hellen Fleck aufweisen. Schon früher hatte der Physiker Dr. R. W. die Beobachtung gemacht, daß die photographische Platte durch gewisse Körpergewebe in ähnlicher Weise verändert wird. Dies ließ die Vermutung der Radioaktivität gerechtfertigt erscheinen, doch ließen sich sichere Beweise immer noch nicht geben, bis Dr. C. G. nunmehr einmündige Organe des menschlichen Körpers, die von zwölf verschiedenen Personen stammten, daraufhin untersuchte, und durch sie die elektrische Leitfähigkeit der Luft verändert wird. Und in der Tat zeigten seine mit besonders genauen und empfindlichen Apparaten vorgenommenen Messungen, daß fast alle Organe eine beträchtliche Veränderung der Luft herbeiföhren, daß sie also radioaktiv sind. Allerdings ist die Radioaktivität sehr verschieden. Im höchsten